

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **3 (1923-1924)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

hinzuweisen, die mit ihm auf schweizerischem Boden beginnt und deren Merkmal auf bernischem Gebiet die Beschränkung auf bernische Geschichte bildet. Gotthelfs Beispiel folgte zunächst als historischer Erzähler *Arthur Bitter*, mit Beginn unseres Jahrhunderts aber *Rudolf v. Tavel*, der in einer schon auf zehn Bände angewachsenen Reihe historischer Novellen der Geschichte seiner Vaterstadt eine künstlerische Gestaltung gegeben hat, wie sie nicht manche Stadt und keine andere unseres Landes aufweisen kann.

Blicken wir zum Schluß noch einmal auf das Ganze zurück, so werden wir sagen dürfen: der unliterarische Bernergeist hat sich in der Literatur kraftvoll und schöpferisch erwiesen. Er hat literarische Gattungen geschaffen, die seinem Wesen und Bedürfnis entsprechen: das reformatorische Fastnachtspiel, das pathetische Lehrgedicht von nationalem Gehalt, den volkserzieherischen Roman, die mundartliche historische Novelle. Nirgends in dieser Literatur ist die Form über den Gehalt gestellt, oft vielmehr, wie auch bei Gotthelf, ist sie vernachlässigt. Das mag sich aus einem Mangel an Phantasie und an Formsinn erklären; aber es erklärt sich anderseits auch aus dem auf die Wirklichkeit und den Lebenskampf eingestellten ernstesten Sinn des Berners. Nirgends in der Welt vielleicht ist der Boden ungünstiger für eine Pflege der Dichtkunst um der Dichtkunst willen als in Bern; nirgends ungünstiger für eine von Lebenszwecken losgelöste Phantasierkunst; nirgends ungünstiger für eine Verstandeskunst ohne Wärme und Heiterkeit des Gefühls, ohne Zusammenklang mit der Grundstimmung der bodenständigen Volksgemeinschaft.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Vor 110 Jahren. — Garantiepakt, Zonenkonflikt, Neutralitätsfrage. — Ein Blick nach Süden. — Die Hilfsaktion für die deutsche Not. — Rückwirkungen der englischen Wahlen. — Der Kampf um die wirtschaftliche Existenz. — Reisen schweizerischer Journalisten. — Sparpolitik. — Revision des Fabrikgesetzes.

Dieser Tage sind es gerade 110 Jahre her, daß österreichische, preußische und russische Truppen, im letzten Abschnitt des Kampfes, durch den Frankreichs Hegemonie über Europa gebrochen wurde, in mehreren Kolonnen das Gebiet der helvetischen Republik in ostwestlicher Richtung durchzogen. In den Gebieten, die sich Frankreich unmittelbar einverleibt hatte, wurden sie als Befreier vom französischen Joch begrüßt. So empfing in Neuenburg die Bevölkerung die am 23. Dezember nachts einmarschierenden Österreicher mit Illumination und Vivatrufen. Im ehemals bischöflich-baslerischen Gebiet des heutigen Berner Jura und in Biel „freute man sich — nach dem Bericht des die einziehenden Truppen kommandierenden Generals — unserer Ankunft und verhehlte nirgends den Wunsch, vom Drucke der französischen Regierung befreit zu werden.“ In Genf bildete sich auf die Kunde vom Einrücken der verbündeten Truppen in die Schweiz ein „Unabhängigkeitskomitee“, mit dem Zweck, die Stadt wieder von Frankreich loszu-

reißen; und als am 30. Dezember die Österreicher unter General Bubna ihren Einzug in die Stadt gehalten und die französischen Truppen samt ihrem Kommandanten vertrieben hatten, hielten die Genfer am 31. Dezember in allen Kirchen feierliche Dankgottesdienste für die Befreiung von Frankreich ab. Auch das Wallis erblickte in seiner überwiegenden Mehrheit im Einmarsch der Österreicher eine Befreiung.

„Gewiß wäre es für die Schweiz ehrenvoller und auch erspriesslicher gewesen, wenn sie mit freiem Entschlusse die französischen Bande abgestreift und bei der Eroberung der ihr entriessenen Gebiete tätig mitgewirkt hätte,“ schreibt Dechslri in seiner Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. Dem ist auch so. Die Haltung der Schweiz war damals weder sehr ehrenvoll, noch auch politisch klug. Die mediatisierte Schweiz war aber innerlich ein viel zu zerrissenes und haltloses Land, als daß sie sich zu einem solchen Entschlusse hätte aufraffen können. Diese innere Zerrissenheit und Haltlosigkeit ist letzten Endes auch der Grund dafür, daß ihre Neutralität von den Heeren der Verbündeten nicht geachtet wurde. Einer Erinnerung wert sind aber die Geschehnisse jener Tage vor 110 Jahren doch, weil sie die Voraussetzung schufen für die in den Vertragsabschlüssen von 1814 und 1815 dann erfolgte Wiederherstellung der Schweiz in ihren Grenzen vor 1798 (mit Ausnahme des Veltlins).

* * *

Die kleine Anfrage Seiler vom letzten Oktober betreffs Garantiepaakt hat soeben in der Bundesversammlung — wie das üblich ist, in schriftlicher Form — ihre Antwort erhalten. Der Bundesrat vertritt darin die Auffassung, daß durch den Abschluß eines solchen Garantiepaktes unter anderen Völkerbundsmitgliedern die Rechte und Pflichten, die der Schweiz aus dem Völkerbundsvertrag und der Londoner Deklaration zukommen, nicht berührt würden; der Abschluß eines Garantiepaktes unter einer Anzahl von Völkerbundsmitgliedern hätte auf die rechtlichen Grundlagen des Völkerbundes selbst keine solche Wirkung, daß die Stellung derjenigen Völkerbundsmitglieder, die dem Garantiepaakt nicht beitreten, dadurch geändert würde. Der Bundesrat ist damit bei seiner Auffassung geblieben, wie er sie schon im Herbst dieses Jahres vertreten hat: die Schweiz kann sich hinter die Rechte verschanzen, die ihr aus dem Völkerbundsvertrag und der Londoner Deklaration zustehen; die Übernahme neuer Pflichten lehnt sie dadurch, daß sie dem Garantiepaakt nicht beitrifft, ab; sie erklärt also bezüglich des Abschlusses eines Garantiepaktes einfach ihr Desinteressement.

So wenig wie seinerzeit halten wir heute diesen „optimistischen“ Standpunkt für begründet. Hält man sich lediglich an die Worte, so kann man sich allenfalls auf diesen Standpunkt stellen. Art. 15 des Garantiepaaktentwurfs besagt ja selbst, daß der Garantiepaakt den Rechten und Pflichten des Völkerbundsvertrages in nichts Eintrag tue. Das gilt aber eben nur den Worten nach. Faktisch hebt der Abschluß eines Garantiepaktes, wie des geplanten, für diejenigen, die ihn schließen, die wesentlichsten Bestimmungen des Völkerbundsvertrages auf. Frankreich kann auf Grund von sog. automatisch in Kraft tretenden Sonderabkommen, die es z. B. mit Jugoslawien, Tschechoslowakei, Polen u. s. w. abschließt und entsprechend den Bestimmungen des Garantiepaktes dem Völkerbund unterstellt hat, von einem Tag auf den andern den Krieg gegen Italien oder Deutschland oder andere Mächte auslösen, ohne den im Völkerbundsvertrag in den Art. 12—15 vorgesehenen Weg des Schiedsgerichts- oder des Vergleichsverfahrens beschreiten und die Wartefrist von drei Monaten einhalten zu müssen. Die Schweiz ist nun natürlich nicht in der Lage, zu verhindern, daß Frankreich mit Jugoslawien und der Tschechoslowakei u. s. w. militärische Bündnisse abschließt. Dadurch aber, daß diese Bündnisse durch die Form des Garantiepaktes mit dem Völkerbundsvertrag und den darin von dessen Mitgliedern übernommenen Verpflichtungen in Verbindung gebracht werden, und dadurch, daß die Schweiz Mitglied des Völkerbundes ist, wird sie in

den Wirkungskreis dieser Bündnisse mit hineingezogen. Haben Frankreich und seine Verbündeten den Krieg gegen einen „Angreifer“ — wobei die Feststellung, wer der „Angreifer“ sei, laut Bestimmung des Garantiepaktes in ihrer Willkür steht — ausgelöst, so ist die Schweiz auf Grund des Art. 16 des Völkerbundsvertrages verpflichtet, gegen den „Angreifer“ die dort vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen. Der Garantiepakt wird nämlich dadurch, daß Völkerbundsrat und Völkerbundsversammlung ihn anzunehmen haben, im Augenblick dieser Annahme ein Bestandteil des Völkerbundes und für die Schweiz besteht damit als Völkerbundsmitglied, gleichgültig ob sie dem Garantiepakt als solchem beitrifft oder nicht, die Verpflichtung, nach Art. 16 zu handeln, auch wenn der Krieg auf Grund der Bestimmungen des Garantiepaktes ausgelöst worden ist.

Wir wissen, daß unsere politische Leitung die Dinge grundsätzlich optimistisch auslegt, d. h. so, wie sie gerne sehen möchte, daß sie geschehen. Wir stellen aber fest, daß die Dinge, seitdem diese optimistische Betrachtung in unserer auswärtigen Leitung überhand genommen hat, stets die gegenteilige Wendung genommen und in ihrem Ausgang unsere pessimistischsten Befürchtungen noch übertroffen haben. In seiner Rede an der Dezemberfeier der Zürcher Demokraten in Winterthur hat auch der Vorsteher unseres Militärdepartements, Bundesrat Scheurer, bezüglich der Vorteile unserer Zugehörigkeit zum Völkerbund einen Optimismus an den Tag gelegt, dessen Begründung uns Herr Scheurer schuldig geblieben ist und für den wir je länger je weniger Anlaß sehen. Im Gegenteil. Nach den Erfahrungen, die wir in der Zonenfrage haben machen müssen, scheint uns kein Pessimismus schwarz genug zu sein. Allerdings nicht ein Pessimismus, der uns zur Tat- und Mutlosigkeit, sondern vielmehr gerade dazu führen soll, der Wirklichkeit ins Gesicht zu schauen. Zu dieser Wirklichkeit gehört aber in erster Linie auch die Erkenntnis, daß die Art unserer Außenpolitik im Frühjahr 1919 verkehrt und unrichtig war.

Auf das Ansinnen Frankreichs, uns Rechte, die uns aus den Verträgen von 1815 zustehen, absprechen zu lassen, hätten wir nie damit antworten dürfen, Abgeordnete nach Paris zu schicken, die dort über diese Rechte verhandeln sollten. Wer mit Rechten markten geht, läuft nicht nur Gefahr, daß ihm diese genommen werden, sondern auch noch, daß der Gegner aus den Verhandlungen das Recht für sich ableitet, sie ihm wegzunehmen. Den kleinen Finger haben wir damals Frankreich gegeben. Jetzt hat es unsere ganze Hand genommen. Ohne unsere Zustimmung zu Art. 435 stünde heute Frankreich nicht vor Genfs Toren. Nicht, weil der Art. 435, zu dessen Wortlaut wir unsere ausdrücklichsten Vorbehalte angebracht hatten, ihm wirklich die Berechtigung dazu gäbe. Aber weil es sich vor seinem Land und vor der Welt, die unsere Vorbehalte ungenügend oder gar nicht kennen, zum Schein darauf berufen konnte. Ein Schiedspruch mag uns nachträglich recht geben. In der Politik entscheidet aber die Handlung. Diese ist am 10. November vollzogen worden und wir haben Frankreich durch unsere Politik vom Frühjahr 1919 deren Vollzug erleichtert. Darin liegt der Fehler unserer damaligen Politik.

Frankreich forderte im Frühjahr 1919 von der Schweiz nicht nur den Verzicht auf ihre savoyischen Rechte, die ihr aus den Verträgen von 1815 zustehen, sondern auch den Verzicht auf ihre Neutralität von 1815. Über die Art, wie diese Forderung gestellt wurde, hat bisher der Bundesrat der Öffentlichkeit nur andeutungsweise Aufklärung gegeben, so z. B. in seiner Botschaft vom 4. August 1919 über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund, wo er u. a. schrieb: „Den schweizerischen Delegierten (nach Paris) wurde bekannt, daß in gewissen militärischen Kreisen auf die Möglichkeit des Durchzugs von Truppen des Völkerbundes großer Wert gelegt wurde und daß auch das Gebiet der Schweiz in dieser Beziehung in Betracht komme.“ Die endliche Bekanntgabe des förmlichen Auftrages und der genauen Instruktionen, die Herrn Ador Ende April 1919 nach Paris auf den Weg mitgegeben wurden, würde zweifellos Klarheit auch über diese Frage schaffen.

Auch auf diese Forderung Frankreichs wurde schweizerischerseits damit geantwortet, daß man Abgeordnete nach Paris schickte, um dort über die schweizerische Neutralität zu verhandeln. Das Ergebnis war der erste Teil des Art. 435, der dann allerdings dazu diente, dem schweizerischen Parlament den Beschluß über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund zu erleichtern — ohne ihn wäre dieser Beschluß zweifellos nicht zustande gekommen —, der sich aber in dem Augenblick als von höchst zweifelhaftem Wert erwies, als dieser Beitrittsbeschluß vorlag. In seiner Note vom 2. Januar 1920 teilte der Oberste Rat bekanntlich dem Bundesrat mit, daß die Vereinbarkeit der Zugehörigkeit zum Völkerbund und der Beibehaltung der Neutralität nach wie vor eine offene Frage sei. Da über den Beitritt aber noch vom Volke abgestimmt werden mußte und das Ergebnis dieser Abstimmung angesichts der Infragestellung der Neutralität durch den Obersten Rat zweifellos ein verwerfendes gewesen wäre, erließ der Völkerbundsrat die sog. Londoner Erklärung, in der die schon in Art. 435 auf die Hälfte ihres Wertes reduzierte schweizerische Neutralität abermals gründlich halbiert und der Schweiz eigentlich nur noch das Recht auf Verweigerung des Durchzuges fremder Truppen und der militärischen Hilfeleistung in Völkerbundskriegen gelassen wurde. Als die Volksabstimmung auf Grund der Londoner Erklärung zugunsten des Beitritts entschieden hatte, wurde einige Monate nachher durch eine französische Note vom 21. Dezember 1920 und in den Erklärungen von Leon Bourgeois vor dem Völkerbundsrat vom 26. Februar und 4. März 1921 der Schweiz schließlich zu verstehen gegeben, daß auch die Frage, ob sie berechtigt sei, den Durchzug fremder Truppen zu verweigern, noch eine offene Frage sei. Die Schweiz hat damals dieser Auffassung nicht mit der nötigen Bestimmtheit widersprochen. Kommt nun noch der Garantiepakt im Völkerbund zustande, so fehlt dann bald nicht mehr viel an der vollständigen Eingliederung der Schweiz in das militärische System, das Frankreich zur Behauptung seiner Hegemonie über Europa spannt.

So wenig unsere politische Leitung verstand, was mit dem Truppeneinzugsgebot Frankreichs im Winter 1920/21 gemeint war (Herr Motta entschied ja zuerst im Sinne der Gestattung des Durchzugs), so wenig scheint sie heute zu verstehen, was mit dem Garantiepakt gespielt werden will. Ihr unverwundlicher Optimismus läßt sie ja heute auch noch in dem Umstand, daß wir im Frühjahr 1919 Frankreich auf halbem Weg entgegen gekommen sind bei seinem Bestreben, die Schweiz als Durchzugsland für „Völkerbundstruppen“ zu gewinnen, d. h. die allseitige schweizerische Neutralität von 1815 zu vernichten, bezw. an deren Stelle eine einseitige Neutralität zu seinen Gunsten zu schaffen, einen Vorteil für unser Land erblicken. Vielleicht aber trägt der Ausgang der Zonenangelegenheit dazu bei, uns unsere wirkliche Lage erkennen zu lassen und uns aufzurütteln, bevor es zu spät ist.

* * *

Die italienische Kammer hat kürzlich den im Juni dieses Jahres in Zürich abgeschlossenen italienisch-schweizerischen Handelsvertrag genehmigt. Es regte sich kein großer Widerstand dagegen, und diesen wenigen Widerstand überwand Mussolini mit dem Hinweis, daß ein solcher Vertrag nicht nur vom Standpunkt der Wirtschaft, sondern auch von dem der Politik aus beurteilt werden müsse. Man hat schweizerischerseits in diesem Hinweis eine Bekundung Mussolinis erblicken wollen, daß ihm an einem guten politischen Einvernehmen mit der Schweiz gelegen sei.

Es hat in letzter Zeit auch an einigen andern Anzeichen nicht gefehlt, aus denen man schließen könnte, daß Italien Wert auf ein gutes Verhältnis zur Schweiz lege. Zu mehreren Malen sind ungehörige Angriffe des Mailänder Blattes „Ambrosiano“ auf die Schweiz von Mussolini scharf mißbilligt worden; den Zwischenfall von diesem Herbst in Lugano zwischen Sozialisten und Faschisten hat die italienische Regierung sehr korrekt erledigen helfen; neuerdings sind Bestrebungen im Gange, der Schweiz ver-

kehrspolitisch entgegenzukommen durch Einräumung eines Freihafens an der ligurischen Küste; in italienischen Blättern, hauptsächlich im „Corriere della Sera“, wird auch dem Zonenkonflikt zwischen der Schweiz und Frankreich in einem der Schweiz wohlwollenden Sinne Aufmerksamkeit geschenkt.

Ohne sich einer unwachsamem Sorglosigkeit hinzugeben, darf man doch vielleicht in der Tat aus diesen verschiedenen Umständen schließen, daß auch das faszistisch-nationalistische Italien geneigt ist, in nächster Zeit gute Beziehungen mit der Schweiz der Ausführung allerhand anderer Gedankengänge vorangehen zu lassen. Diese Einstellung wäre natürlich vorwiegend bedingt durch seine Einstellung zur europäischen Politik überhaupt. Hat Italien unter französischem Einfluß gestanden oder seine Politik auf seine Verbindung mit Frankreich gestützt, so sind auch die schweizerischen Gebiete jenseits der Alpen je und je der Gefährdung ausgesetzt oder unmittelbar bedroht gewesen. Als Frankreich zur Zeit Napoleons I. Oberitalien bis zum Tessin-Fluß annektiert und den übrigen Teil als unter seinem Protektorat stehende italienische Republik konstituiert hatte, war der Tessin zwar nicht unmittelbar dieser letzteren einverleibt, aber 1810 mit dieser Absicht im Hintergrund von italienischen Truppen besetzt worden. 1862, d. h. kurz nachdem Italien in enger Verbindung mit Frankreich gegen Österreich gekämpft hatte, stellte General Bizio in der italienischen Kammer die Frage: „Glauben Sie, daß viele Jahre hingehen werden, bis der Kanton Tessin, der uns gehört, bis die uns geraubten Küsten des adriatischen Meeres u. s. w. an Italien werden abgetreten sein?“ In den Verhandlungen, die im Mai 1869 zwischen Frankreich, Italien und Österreich stattfanden und durch die Frankreich sich die Bundesgenossenschaft Italiens und Österreichs in dem bevorstehenden Waffengang mit Preußen-Deutschland zu sichern versuchte, wurde für den Fall, daß die Schweiz ihre Neutralität nicht wahre, Italien ausdrücklich die Besitznahme des Tessins zugestanden. Und heute ist es wiederum ein im Solde Frankreichs stehendes und gänzlich die französische Hegemoniepolitik, die Zerstörung der deutschen Reichseinheit u. s. w. verfechtendes Mailänder Blatt, der „Ambrosiano“, der unverhüllt für die Losreißung des Tessins von der Schweiz eintritt.

In dem Augenblick, in dem Italien seine europäische Politik nicht mehr auf die Verbindung mit Frankreich gründet, sondern durch seine Aspirationen im adriatischen Meer (Fiume, adriatische Küste u. s. w.) und im Mittelmeer (Tunis, Korjika, Nizza) in einen gewissen Gegensatz zu Frankreich und dessen Bundesgenossen Jugoslawien gelangt, ist unsere Südgrenze entlastet. Im Falle eines Krieges nach Osten, oder gar nach Osten und Westen, mit Jugoslawien und mit Frankreich, hat Italien das allergrößte Interesse an dem Bestehen einer absolut zuverlässigen, allseitigen schweizerischen Neutralität in seiner nördlichen Flanke. Ein Angriff Frankreichs durch die Schweiz und aus dem Tessin heraus wäre für Italien gleichbedeutend mit dem Verlust der Poebene. Auf die Zuverlässigkeit dieser Neutralität kann aber Italien natürlich nur abstellen, wenn es nicht in den Jahren vorher durch die Annektierung oder die Vorbereitung der Annektierung schweizerischen Gebietes das politische Verhältnis zur Schweiz ein für alle Mal getrübt hat.

Daß eine Interessengemeinschaft Italiens und der Schweiz besteht in der Abwehr des französischen Macht- und Hegemoniesystems in Europa, hat sich auch in der strikten Ablehnung des Garantiepaktes des Völkerbundes durch Italien offenbart.

An dem künftigen Verhalten Italiens uns gegenüber werden wir gerne ablesen, ob die politische Einstellung unseres südlichen Nachbarn eine für unsere Interessen so erfreuliche Entwicklung einschlägt, wie wir sie oben angedeutet haben. Um das Mißtrauen zu zerstreuen, das in der Schweiz heute noch wegen gewisser laut gewordener Aspirationen besteht, würde Italien gut tun, künftig selbst den Schein einer tessinischen Irredentapolitik zu meiden. Auch eine Unterlassung der sinnlosen Quälereien, denen heute die Bevölkerung Deutschsüdtirols durch die italienische Verwaltung

unterworfen wird, würde zweifellos dazu beitragen, in unserm Volke die Hingebung und das Vertrauen zum italienischen Volk zu steigern.

* * *

Zur Linderung der deutschen Not wird augenblicklich in der ganzen Schweiz eine großangelegte Hilfsaktion durchgeführt. Diese Hilfsbereitschaft und Spendefreudigkeit, die in allen Schichten der Bevölkerung, vom wohlhabenden Bürger bis zum einfachen Arbeiter, vom Großstädter bis zum bäurischen Dorfbewohner vorhanden ist, offenbart einen schönen Zug unseres Volkes. Tragen wir aber auch Sorge, daß derjenige, für den wir sammeln, nicht den Eindruck haben muß, als ob wir ihm Almosen geben. Wir gehorchen, wenn wir heute eine Hilfsstätigkeit zugunsten des deutschen Volkes entfalten, einem allgemeinen menschlichen Gefühl: Not zu lindern, wo Not ist. Wir tragen damit aber auch ein Teil des Dankes ab, den wir Deutschland schulden für die vielen geistigen Güter, um die es unser, kulturell und sprachlich ja dem gleichen Geisteskreis zugehörendes Leben stets bereichert hat und ohne die dieses Leben arm und eng wäre. Und nicht vergessen wollen wir auch, daß ohne ein staatlich geeintes und starkes Deutschland an ihrer Seite eine unabhängige, nach innen und außen selbständige Schweiz nie bestanden hat. Und wir wollen den Wunsch und die Hoffnung damit verbinden, daß aus dem heute darniederliegenden und getretenen deutschen Volk wieder ein starkes, einiges Deutschland erstehen möge, frei nach innen und machtvoll nach außen, ein Hüter und Wahrer zugleich der Freiheit der europäischen Nationen.

* * *

Mit einer gewissen Erleichterung ist in vielen Kreisen der Ausgang der Wahlen in England, die ja unter anderem auch über Englands künftige Zollpolitik: ob Schutzzoll oder Freihandel, zu entscheiden hatten, begrüßt worden. In industriellen und Handelskreisen, weil ein Sieg der Schutzzollpolitik zweifellos die schweizerische Exportindustrie, die sonst schon schwer genug unter dem Ausfall ihrer hauptsächlichsten früheren Absatzmärkte zu leiden hat, auch noch den heute ein Fünftel ihres Absatzes ausmachenden englischen Markt hätte verlieren lassen. In sozialistischen Kreisen sieht man im Ausgang der englischen Wahlen einen Sieg des Freihändlerischen Prinzips (für den Sozialisten ist das Prinzip bekanntlich alles!), im Anwachsen der Arbeiterpartei einen Sieg des vorwärtsschreitenden Sozialismus und erwartet davon wieder einmal eine Weltumwälzung.

Darüber, ob nicht allfällig das Auftreten von drei fast gleich starken Parteien an Stelle der bisher traditionellen zwei, für Englands Geschlossenheit und Macht und seinen Einfluß auf den europäischen Kontinent und damit auch auf die außenpolitische Lage der Schweiz, ungünstige Rückwirkungen haben könnte, scheinen dagegen kaum Erwägungen angestellt zu werden. Für Handel und Industrie sind eben bei der Beurteilung internationaler politischer Vorgänge lediglich wirtschaftliche Gesichtspunkte ausschlaggebend; die Bauernschaft betrachtet diese bestenfalls hinsichtlich ihrer Rückwirkung auf Käse- und Milchpreise; und die Arbeiterschaft sieht in ihnen Siege oder Niederlagen von Prinzipien.

* * *

Daß die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund unseres öffentlichen Interesses stehen, ist nicht verwunderlich und bis zu einem gewissen Grade auch berechtigt. Die Folgen des Krieges, und noch mehr der durch ihn geschaffenen neuen Machtverhältnisse und der seither in Europa getriebenen Politik bekommen wir vorwiegend in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung zu spüren. Jeder Einzelne wird irgendwie in seinem wirtschaftlichen Dasein unmittelbar dadurch betroffen. Wir wehren uns daher, um so mehr, als wir über keine Machtmittel verfügen, den Gang der internationalen Politik von einem Tag auf den

andern in andere Bahnen zu lenken, in erster Linie für unsere wirtschaftliche Existenz.

Die Möglichkeit, unsere im letzten Jahrhundert auf fast vier Millionen angewachsene Bevölkerung zu ernähren, beruht auf unserer hochentwickelten Exportindustrie, und diese steht und fällt ihrerseits mit dem Vorhandensein und der Zugänglichkeit auswärtiger Absatzmärkte mit entsprechender Aufnahmefähigkeit. In zäher Arbeit ist es zwar unserer Exportindustrie gelungen, sich in den letzten Jahren an Stelle der infolge Verarmung und Währungszerfall ausfallenden Märkte Mittel- und Osteuropas neue Märkte, besonders in Übersee zu gewinnen. Ob diese dauernd aufnahmefähig und zugänglich bleiben, steht aber natürlich nicht fest. In Anbetracht der gänzlich unausgeglichenen weltpolitischen Verhältnisse wird man eher mit einem Abbau unserer bisherigen Exportindustrie für längere Zeit, vielleicht für mehrere Jahrzehnte rechnen müssen. Und wir sind damit vor die schwere Frage gestellt, wie wir diesen Zeitraum wirtschaftlich überdauern können; ob wir durch Aufzehrung unserer Reserven — die sich nach außen als eine allgemeine Verarmung bekundet und deren Wesen darin besteht, auf unwirtschaftlichem Weg Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen (Notstandsarbeiten, Industriebeihilfen, Arbeitslosenunterstützungen u. s. w. u. s. w.) — unseren jetzigen Bevölkerungsstand durchhalten können; oder ob im Verlauf der nächsten Jahre oder Jahrzehnte ein Fünftel bis ein Viertel unserer jetzigen Bevölkerung auf irgend einem Weg abgestoßen werden muß.

Müßte mit dem letzteren Fall gerechnet werden, so wäre der gegebene Weg die Auswanderung im Großen, wie diese ähnlich, wenn vielleicht nicht auch in dem heute allfällig nötigen Umfang, früher schon geschehen ist. (Zwischen 1850 bis 1888 wanderten beispielsweise rund 310,000 Schweizer aus, wovon in den acht Jahren von 1880 bis 1888 allein rund 90,000.) Was in den letzten Jahren nach dieser Richtung, besonders auch in organisatorischer Hinsicht, geschehen ist, sind nicht mehr als bescheidene Anfänge. Das hat seinen Grund einmal darin, daß aufnahmefähige, der Einwanderung unbeschränkt offen stehende Gebiete in der Welt augenblicklich nur wenig vorhanden sind. Andererseits hat die Not der Übervölkerung, weil unsere Exportindustrie noch immer einige Lebensmöglichkeiten besitzt und unsere Reserven uns bisher die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten auf unwirtschaftlichem Wege in großem Umfange gestatteten, noch keine Formen angenommen, die zur Massenauswanderung treiben. Diese schweren Fragen stehen uns erst noch bevor.

* * *

In diesem Zusammenhang mag auf eine Unsitte hingewiesen werden, die bei uns seit dem Kriege eingerissen ist: die Reisen schweizerischer Journalisten ins Ausland auf Einladung und auf Kosten ausländischer Regierungen oder ausländischer Gesellschaften. Den Anfang bildete jene wenig rühmliche Amerikareise mit den schönen Checkbüchlein noch während des Krieges. Ihr sind im Laufe der folgenden Jahre zahlreiche weitere Reisen gefolgt, so nach Tschechoslowakien, Polen, Belgien, und vor kurzem nach Kanada und ins Elsaß. Es ist an und für sich unsern Journalisten zu gönnen, wenn sie Gelegenheit erhalten, ein Stück Ausland zu sehen. Es wäre auch noch nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Journalist persönlich von irgendwem eingeladen wird, sich ein Stück Welt anzusehen. Bei all diesen Veranstaltungen geht aber die Einladung der ausländischen Regierung oder Gesellschaft an die betreffende Zeitung, die dann einen ihrer Redaktoren mit der Verpflichtung abordnet, über das ihm auf der Reise von dem Einladenden vorgezeigte Artikel zu schreiben. Die Bezahlung erfolgt direkt an den Journalisten in Form eines Checkbuches, das ihn während der Dauer der Reise zu jeder beliebigen Auslage in Stand setzt, oder in der Form der Freihaltung in Fahrt, Unterkunft, Beköstigung und anderem während der Dauer der Reise. Dadurch, daß der so honorierte Journalist als Abgesandter seiner Zeitung verpflichtet ist, über das, was man ihm vorgezeigt hat oder ihn hat sehen lassen, zu schreiben (oder über das, was er allfällig von sich aus gesehen hat, nicht zu schreiben), er-

hält die Veranstaltung solcher Reisen den Charakter eines Versuchs, durch die gelindeste Form einer Bestechung der Presse unsere öffentliche Meinung zu beeinflussen. Prof. Laur hat sich kürzlich scharf gegen die Zweckmäßigkeit der von einer kanadischen Gesellschaft zum Studium von Auswanderungsfragen veranstalteten Kanada-Propagandareise einiger schweizerischer Journalisten ausgesprochen. Es wird sich bei volkswirtschaftlichen Fragen eben nicht anders verhalten, wie bei politischen: selbst wenn der einzelne Journalist von der besten Absicht nach Objektivität und Allseitigkeit beseelt ist: was er zu sehen bekommt und wie er es zu sehen bekommt, hängt doch lediglich vom Veranstalter ab; der Veranstaltende hat es letzten Endes in der Hand, das Bild zu gestalten, das der Eingeladene mit nach Hause bringt. Und wenn der Geladene wirklich selbständige Eindrücke hat sammeln können, dann muß er, wenn deren Veröffentlichung dem Einladenden unangenehm sein müßte, als anständiger Mensch darüber schweigen, weil er demjenigen, der ihn während der ganzen Reise freigehalten hat, notwendigerweise verpflichtet ist.

So wäre es denn an der Zeit, daß mit diesem Überbleibsel aus der Kriegszeit endlich aufgeräumt würde. Unsere großen Zeitungen — denn um diese handelt es sich ja lediglich — sollen endlich den Mut haben, künftig jedes derartige Ansinnen des Auslandes des bestimmtesten abzulehnen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch von dem betreffenden Land durch Repressalien gegen ihr Blatt geschäftlich geschädigt zu werden. Die Unabhängigkeit unserer Presse, die auch ein Stück der Unabhängigkeit unseres Landes ist, sollte ihnen dieses Opfer wert sein.

* * *

Im Zeichen der Sparpolitik steht unser Staatshaushalt, wie der von der Bundesversammlung in den letzten Wochen von allen Seiten nach durchlässigen Stellen untersuchte Voranschlag für 1924 beweist. Dieser Voranschlag sieht eine weitere Verringerung des seit dem Kriege chronisch gewordenen Defizites vor. Bundesbahnen und Post sind dank der Sparmaßnahmen wieder zu wirtschaftlichen Betrieben geworden.

Im Widerspruch zu diesem durch die Stockung des Wirtschaftslebens geforderten Unkostenabbau scheint das gleich hoch bleibende oder sogar um einige Millionen erhöhte Militärbudget zu stehen. Hier ist aber nun eben der Punkt, wo die politischen Erwägungen die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte verdrängen: durch mangelhafte Bereitschaft unserer moralischen und materiellen Rüstung können wir in wenigen Tagen Verluste nicht nur an Menschen, sondern auch an wirtschaftlichen Werten erleiden, die nie mehr gut zu machen sind und die das, was wir heute für unsere Rüstungsbereitschaft auslegen, umshundertfache übertreffen. In einer Zeit steigender Spannung der europäischen Verhältnisse, wir betonen „steigender“, kann sich jede falsche Sparsamkeit an dieser Stelle furchtbar rächen. Bei richtiger Aufklärung hat unser Volk auch durchaus das Verständnis für diese Dinge. Allerdings muß man es dann nicht durch die ständige Vertröstung auf den Völkerbund in eine falsche Sicherheit einwiegen wollen.

Am falschen Ort angewendete Sparsamkeit scheint uns auch in der von der Bundesversammlung beschlossenen Aufhebung des Sonntagspostbestelldienstes für die ganze, also auch die romanische Schweiz, wo dieser bisher regelmäßig ausgeführt wurde, zu liegen. In der romanischen Schweiz hängt man nun einmal — aus durchaus verständlichen Gründen — an der Sonntagspost. Gerade aber wenn der Ausbau des Staates vielerorts eine stärkere Zentralisierung der staatlichen Funktionen verlangt, die für die natürlicherweise föderalistisch empfindenden Minderheiten oft schwere Opfer zur Folge hat, so wäre es eine kluge Staatspolitik, in kleinen Dingen, von denen, wie z. B. von der Aufhebung des Sonntagspostbestelldienstes, nun wirklich nicht das Wohl des Staates abhängt, nicht lediglich nach bürokratischen Gesichtspunkten zu verfahren, sondern der besonderen Empfindungs- und Lebensart der verschiedenen Landesteile Rücksicht zu tragen. Eine Politik der kleinen Nadelstiche verlegt im Grunde viel mehr und schlägt tiefere Wunden, als

große Opfer und Verzichtleistungen, die man als zum Wohle des Ganzen notwendig und nutzbringend anerkennen muß.

* * *

Die am 17. Februar angelegte Volksabstimmung über die Revision des Fabrikgesetzes wirft bereits ihre Schatten voraus. Die Arbeiterschaft befürchtet, daß die Kosten der allgemeinen Sparpolitik und Einschränkung in erster Linie auf ihre Schultern abgewälzt werden sollen, wie sie ja auch in der Zollpolitik zum Schutz unserer Landwirtschaft und Industrie und der daraus folgenden Verteuerung der Lebenshaltung nur die Abwälzung der fortschreitenden Verarmung auf die breiten Massen der Konsumenten sieht. Wir wollen heute nicht untersuchen, ob die Lasten der wirtschaftlichen Krisis, die unser Land durchmacht, überall richtig verteilt sind, und damit auch nicht, was für Folgen eine Verlängerung der Arbeitszeit in dieser Hinsicht haben kann. Ablehnen möchten wir dagegen die Argumentation, mit der die Sozialdemokratie gegen die Revision des Fabrikgesetzes ankämpft. Das Leben ist keine philanthropische Veranstaltung. Es steht nirgends geschrieben, daß einmal ein Zeitpunkt kommen muß, von dem an der Mensch nur noch 48 Stunden in der Woche zu arbeiten brauche. Vielleicht gibt es in einigen Ländern Zeiten, in denen das vorübergehend der Fall ist. Auf solche Zeiten können für die gleichen Länder aber wieder Zeiten folgen, wo ein großer Teil der Bevölkerung froh sein muß, wenn er überhaupt noch eine Verdienstmöglichkeit, gleichgültig unter was für Bedingungen, findet und in dem Land, das er sein Vaterland nennt, bleiben kann. Kann sich unsere Exportindustrie nicht auf ihrem Stand der letzten zwanzig Jahre halten, so ist für einen entsprechenden Teil unserer Bevölkerung keine Verdienst- und damit auf die Dauer keine Lebensmöglichkeit mehr vorhanden. Welcher Teil, bezw. welche Berufsschicht das sein wird, darüber hebt dann erst noch der innere Kampf, der Kampf Aller gegen Alle an. Derjenige, der als Besiegter daraus hervorgeht, wird irgendwie abgedrängt werden.

Soweit sind wir noch nicht. Die Lage unserer Exportindustrie ist noch nicht hoffnungslos. Aber darum geht es, wenn diese zusammenbricht. Das sollte man sich in der Arbeiterschaft überlegen. Es handelt sich am 17. Februar nicht um „Prinzipien“, sondern um die Weiterexistenz unserer Exportindustrie. Geht es mit dieser weiter abwärts, dann würde wohl in erster Linie die Arbeiterschaft der Leidtragende sein.

Daß allerdings trotz aller Verbilligung des Produktionsvorganges, wie sie die Industrie von einer Verlängerung der Arbeitszeit erwartet, unsere Exportindustrie sich nicht dauernd auf ihrem früheren Stand halten kann, wenn nicht die politischen Verhältnisse in Europa andere werden, braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. In diesen politischen Verhältnissen Europas mit ihrem Wirtschaftschaoß im Gefolge liegt die Ursache unserer Wirtschaftskrisis. Nur wenn diese Ursache behoben wird, kann auch ihre Wirkung behoben werden. Wir sind kein Machtstaat, der über die Mittel verfügt, in diese politischen Verhältnisse entscheidend einzugreifen. Aber was wir können, das ist, daß wir den zerstörenden Kräften, die heute in Europa am Werk sind, wenigstens nicht Vorschub leisten und ihnen nicht dadurch ihre Machtstellung festigen helfen, daß wir uns noch tiefer in ihr System eingliedern lassen.

* * *

In dem Augenblick, in dem wir diese Umschau abschließen, hat gerade im Nationalrat die Beantwortung der Interpellation Seiler über den Stand des Zonenkonflikts stattgefunden. Wenn das alles ist, was die Bundesversammlung und unser Außenminister zum 10. November und zum Ausbleiben der französischen Antwort seit sechs Wochen zu sagen haben, so wird Poincaré sich durch dieses sanfte Gesäusel kaum veranlaßt sehen, seine seit dem Dekret vom 10. Oktober so erfolgreich betriebene Trölerei und Verschleppungstaktik zu ändern. Von Genf laufen unterdessen bald täglich alar-

mierende Nachrichten ein. Herr Motta aber wartet — nach seinen eigenen Worten im Nationalrat — „in Ruhe und auch im Vertrauen den Fortgang der Angelegenheit ab.“

Zürich, den 21. Dezember 1923.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Ein Toter. — Die Wahlen in England. — Rückblick.

Mitten in einer Zeit großer Erfolge, das Ziel all seiner Wünsche und Hoffnungen dicht vor Augen, ist der anerkannte geistige Führer der französischen Nationalisten, Maurice Barrès, urplötzlich gestorben. Schriftsteller von Beruf, verdankte er seinen Namen und sein Ansehen doch in erster Linie seiner politischen Tätigkeit. Unentwegt arbeitete er auf ein Ziel hin, die Ausdehnung der französischen Macht, die Rückgewinnung der 1870 verlorenen Provinzen, die Eroberung des linken Rheinufer und die Zerschlagung Deutschlands. Für dieses Ziel arbeitete er seit Jahrzehnten, als Schriftsteller wie als Politiker. Vor 1914 war er einer der eifrigsten Schürer der Revancheidee in Frankreich. Er stand auch an der Spitze der teils offenen, noch mehr aber unterirdischen Arbeit in Elsaß-Lothringen, die dort die Abneigung und den Widerstand gegen Deutschland nach Kräften aufrecht erhielt. Während des Weltkrieges war er einer der eifrigsten Vertreter der unentwegten Kriegspartei, die den Kampf bis zur völligen Vernichtung Deutschlands durchführen wollte. Nach dem Kriege stand er an der Spitze der Leute, die die Annexion des linken Rheinufer, die Besetzung des Ruhrgebietes, die Zerschlagung des Deutschen Reiches forderten. Er war also der Vertreter derselben Politik, die jetzt Poincaré durchführt. Er war auch einer der eifrigsten Förderer der Rheinischen Republik und hat es sicher wohl verdient, daß ihm die Gesellschaft dunkler Ehrenmänner, die sich gegenwärtig Regierung der Rheinischen Republik nennt, einen Kranz auf sein Grab gelegt hat.

Was für Barrès so bezeichnend ist, ist die Vermengung seiner politischen mit seiner schriftstellerischen Tätigkeit. Beide sind voneinander nicht zu trennen. Davon wird es wohl herrühren, daß alle seine politischen Schriften, Bücher und Zeitungsaufsätze von einer Sentimentalität und einer wissentlichen oder unwissentlichen Unwahrheit ohnegleichen durchzogen sind. Das tritt besonders kraß in seinen regelmäßigen Leitartikeln im „Echo de Paris“ hervor. Was soll man z. B. zu folgender Einleitung zu einem Aufsatz über das Rheinland vom 30. Oktober sagen: „Ich könnte haufenweise Tatsachen anführen, die zeigen, wie sehr heute die Rheinländer die Franzosen hochschätzen. Eine einzige aber mag genügen: Keinen einzigen unter ihnen gibt es, der nicht über unsere Anwesenheit in ihrem Lande überglücklich wäre!“ Ähnliche verlogene Phrasen finden sich in den politischen Schriften Maurice Barrès auf Schritt und Tritt.

Daneben fällt immer wieder der grenzenlose Haß gegen alles Deutsche auf. Er begnügt sich nicht bloß mit der politischen Bekämpfung, sondern er spricht dem deutschen Menschen, der deutschen Kultur, Art und Sprache überhaupt alles Gute ab. Umso mehr verhimmelt er alles Französische. Er liebt es, die Farben außerordentlich dick aufzutragen und ist in seiner Liebe und in seinem Haß so kraß, daß seine Art für uns wenig genießbar ist. Er verkörperte in seiner Person neben den Vorzügen der französischen Art alle die Schattenseiten des französischen Nationalismus, wie sie gerade jetzt immer deutlicher der ganzen Welt sichtbar werden.

* * *

Nun sind die mit Spannung erwarteten englischen Wahlen vorbei. Ihr Ergebnis ist bekannt. An die Stelle der altgewohnten zwei Parteien, von denen immer eine die unbedingte Mehrheit hatte, sind nun drei annähernd gleich starke Gruppen getreten. Damit sieht sich die englische Regierung und das

englische Volk vor eine neue ganz ungewohnte Aufgabe gestellt. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß bereits von neuen Wahlen gesprochen wird. Die Lösung dieses Rätsels wird schwierig sein und wahrscheinlich allerlei Überraschungen bieten. Vermutlich wird doch der Führer der Arbeiterpartei Gelegenheit bekommen, ein Kabinett zu bilden, was er aber erreichen wird, ist eine durchaus andere Frage. Vermutlich wird man um baldige Neuwahlen zur Klärung dieser unerfreulichen Lage nicht herumkommen.

Für uns sind die Wahlen in zwei Richtungen bemerkenswert. Wir können und müssen uns wohl darüber freuen, daß der englische Freihandel durch diese Volksabstimmung gerettet worden ist. Das Gegenteil hätte für unser nicht allzu festes Wirtschaftswesen schlimme Folgen haben können.

Ferner muß uns die Rückwirkung der Wahlen auf die englische Außenpolitik stark berühren. Darüber etwas bestimmtes heute schon zu sagen, ist unmöglich. Einerseits haben entschieden die Gruppen gesiegt, die die heutige französische Politik scharf bekämpfen. Von einer Arbeiterregierung oder einer Kombination mit den Liberalen wäre also ein schärferes Auftreten in der Reparationsfrage und überhaupt Frankreich gegenüber zu erwarten. Andererseits aber ist durch die innere Unsicherheit die englische Außenpolitik entschieden schwer behindert. In dem Schautelspiel der drei Gruppen wird die französische Politik gut Gelegenheit finden, einzuhaken. Dazu kommt, daß eine Arbeiterregierung sich zuerst über ihre Fähigkeiten zur Verwaltung des Riesenreiches ausweisen müßte. Und außerdem würde auch sie, wie die bisherigen Kabinette, ihre Grenze durch die Macht der Tatsachen vorgezeichnet finden. Es hilft alles nicht darüber hinweg, daß das englische Reich heute im Innern an allen Ecken und Enden Schwierigkeiten hat. Und ebenso wenig kann man über die Tatsache hinwegkommen, daß heute Frankreich eben die weitaus größten realen Machtmittel in den Händen hat.

* * *

Was sich sonst im vergangenen Monat noch zugetragen hat, bietet nichts grundsätzlich neues. Weder die Versuche der deutschen Regierung, mit Frankreich und Belgien zu Verhandlungen zu gelangen, noch die innere Entwicklung Deutschlands, noch die Unbiederung Mussolinis mit Sowietrußland, noch die griechischen Wahlen mitsamt der Abreise des Königs, noch der Sturz des polnischen Kabinetts bedeuten an und für sich etwas neues. Sie bilden alle bloß neue Glieder in einer Kette, die sich nun seit Jahren abwickelt. Überall ist Unruhe, fieberhaftes politisches Leben und Treiben, Kampf im Innern, Kampf der Staaten unter sich. Viel mehr Möglichkeiten zu Streitigkeiten und Kriegen sind heute gegeben als selbst 1914. Die Zukunft ist völlig dunkel. So geht das Jahr 1923 zu Ende.

In diesem fünften Jahre nach der Beendigung des Weltkrieges ist, wie man rückschauend feststellen kann, einerseits die Saat der unglückseligen Friedensverträge immer mehr herangereift und andererseits sind die Strömungen, die nach einer Neuordnung verlangen, stärker geworden. Die wirtschaftliche Krise, die seit ein paar Jahren wie ein Alp auf der ganzen Welt lag, ist an vielen Orten gewichen. Auch unser Land bekommt davon etwas zu spüren. Hier glättet sich das Chaos allmählich, wenn auch noch lange nicht überall.

Auf der politischen Bühne waren auch in diesem Jahr Frankreich und England die beiden Hauptspieler. Frankreich hat unter der zielbewußten Leitung Poincares eine gewaltige Anstrengung gemacht, das doch noch zu erreichen, was ihm die Friedensverträge seinerzeit versagt haben. Es hat die Hand auf die wichtigsten Gebiete des deutschen Wirtschaftslebens gelegt und hat den deswegen entstehenden Kampf mit unblutigen Waffen siegreich durchgeführt. Die Möglichkeit dazu bot ihm einerseits das Fernbleiben der Vereinigten Staaten und die Schwäche Englands und andererseits der seit 1918 klug aufgebaute Turm des eigenen Machtsystems. So ist die französische Stellung heute, rein machtpolitisch genommen, bedeutend verstärkt. Einerseits liegt Deutschland wirtschaftlich am Boden und seine Hilfsmittel kommen heute zu einem großen Teile Frankreich zugute. Politisch bedeutet das einst so mächtige Reich

heute sehr wenig. Weiter hat Frankreich den Ausbau seiner eigenen Armee weiter fortgesetzt. Dazu verfügt es nach wie vor in dem Staatenchaos zwischen Ostsee und Mittelmeer über eine ganze Reihe unbedingt getreuer Trabanten. Alle diese hat es durch Rüstungskredite im Betrag von vielen Milliarden zu stärken gesucht. Und auch sonst ist die französische Diplomatie auf der ganzen Welt eifrig an der Arbeit. So steht heute das französische Machtssystem imponierend da.

Doch ist auch hier nicht alles so glänzend, wie es auf den ersten Blick aussieht. Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien sind alle innerlich außerordentlich zerklüftet, teilweise auch wirtschaftlich böse mitgenommen und sämtlich von Todfeinden umgeben. Dabei ist der Südteil der Balkanhalbinsel dem französischen Einfluß zu einem guten Teil entglitten. Hier ist die neue Türkei, die sich noch keinem der rivalisierenden europäischen Staaten näher angeschlossen hat. Hier hat sich ferner Bulgarien der durchaus franzosenfreundlichen Regierung entledigt und sich auch wieder unabhängig gemacht. Griechenland schließlich ist von dem Kampfe mit den Türken so mitgenommen und überdies vom innern Hader derart zerrissen, daß es überhaupt ganz ausscheidet. Unsicher ist auch die Lage im Norden, bei den baltischen Staaten. Wohin sich diese schließlich schlagen werden, ist unsicher. Jedenfalls sind die Versuche, sie mit Polen fest zu verbinden, mißglückt. So ist dieses ganze System französischer Vasallenstaaten innerlich brüchig und ein höchst unsicherer Faktor in der politischen Rechnung.

Frankreich gegenüber ist im vergangenen Jahre immer deutlicher als Gegner England hervorgetreten. Zu offenen Kämpfen ist es freilich nicht gekommen. Den Schlüssel für das vielen so rätselhaft Verhalten Englands bilden sicher die Schwierigkeiten in dem mächtigen Bau des Weltreiches und die mangelnde Waffenkraft. In Indien und Ägypten, Mesopotamien und Palästina gärt es immer weiter. Zweifellos aber ist in beiden Ländern die Stimmung gegen den einstigen Freund und Bundesgenossen bedeutend schärfer geworden. Dieser bald stille, bald offene französisch-englische Gegensatz hat die Politik des ganzen Jahres beherrscht und wird auch weiterhin das ernsteste politische Problem bleiben.

In diesem Kampfe bildet heute Deutschland nur ein Objekt, freilich ein wichtiges. Auf den Ausgang des Kampfes wird aber die Entwicklung in Deutschland eine beträchtliche Wirkung haben. Gelingt es endlich, die Schäden der Revolutionszeit in der Verwaltung, im Finanz- und Wirtschaftswesen auszumerzen, gelingt es weiterhin, eine gesicherte und energische Regierungsgewalt zu schaffen und im Volke eine einheitlichere Meinung über die Lebensfragen des deutschen Staates zu erzielen, so wird auch Deutschland wieder ein selbständiger und wichtiger Faktor im politischen System werden.

Ein solcher ist in diesem Jahr immer mehr das Italien Mussolinis geworden. Dort ist Ordnung eingelehrt und die wirtschaftliche Lage bessert sich. Die Machtmittel des Staates werden rastlos vergrößert. Und dabei bestehen außenpolitisch keine Bindungen mehr, sondern Italien verfolgt seinen Weg durchaus selbständig. Es sucht nach neuen politischen Möglichkeiten. Zeuge dafür sind die Anknüpfungen mit Spanien, Rußland und der Türkei.

Eine durchaus selbständige Rolle spielt nach wie vor Sowietrußland. Freilich ist heute von ihm verhältnismäßig weniger die Rede als früher. Auch hier wird jetzt vor allem Aufbauarbeit im Innern geleistet. Wie groß die Erfolge sind, ist von hier aus nicht zu beurteilen. Ebenso wenig ist man sich über den Wert der roten Armee im Klaren. Davon hängt aber durchaus die Einschätzung der Rolle ab, die Rußland in Zukunft wird spielen können.

Außerhalb der europäischen Politik steht nun Japan. Es hat sein Bündnis mit England aufgegeben. Dazu hat ihm das Erdbeben eine Einbuße an Machtmitteln und wirtschaftlicher Kraft gebracht, die genau nicht einzuschätzen, aber jedenfalls nicht unbeträchtlich ist. Es widmet sich einstweilen dem Wiederaufbau. Es wird aber bei der zukünftigen entscheidenden Machtbildung ebenso gut eine Rolle spielen wie während des Weltkrieges.

Die Vereinigten Staaten halten sich nach wie vor von den europäischen Verwicklungen fern wie alle andern amerikanischen Staaten. Jrgendwie werden sie aber auch wieder einmal aktiv werden. Und ihr Einfluß wird dann schwer in die Waagschale fallen. Wie und wann das geschehen wird, ist heute noch nicht zu sagen.

Und schließlich der Völkerbund? Über ihn kann man sich kurz fassen. In der realen Welt bedeutet er genau so wenig wie seit seiner Geburt. Er bildet nur einen Ort mehr, wo die großen und kleinen Mächte ihre Streitigkeiten austragen. Dazu gibt er manchem Staatsmann aus den kleinen Staaten eine erwünschte Gelegenheit, vor der Welt zu glänzen und sich ein bißchen wichtig vorzukommen.

Marau, den 20. Dezember 1923.

Hektor Ammann.

Aus der Vergangenheit zum Nachdenken für die Gegenwart.

Die Politik der Schweiz als ein Teil der Politik Frankreichs.

„Gelegen auf der Höhe der Alpenketten, die Frankreich, Deutschland und Italien trennen, nehmt Ihr gleichzeitig am Geist dieser verschiedenen Nationen teil. Die Neutralität Eures Landes, das Gedeihen Eures Handels und eine familiäre Verwaltung sind die einzigen Dinge, die Eurem Volk dienlich sein können und Euch erhalten. . .

„Jede Organisation, die bei Euch eingerichtet worden wäre, und die Euer Volk als dem Wunsch und dem Interesse Frankreichs zuwider erachtet hätte, konnte nicht in Eurem wirklichen Interesse sein. . . Niemals kann Frankreich es dulden, daß sich bei Euch ein System einrichtet, das Frankreichs Feinde begünstigt. Die Ruhe und die Unge störtheit von 40 Millionen, Eurer Nachbarn, ohne die Ihr weder einzeln noch als Staat leben könntet, sind auch von Bedeutung für den Ausgleich der allgemeinen Gerechtigkeit. Nichts soll bei Euch in ihrer Hinsicht feindlich sein. Alles soll mit ihnen in Harmonie sich befinden, wie in den vergangenen Jahrhunderten. Euer erstes Interesse, Eure erste Politik, Eure erste Pflicht sei, nichts zu gestatten, nichts geschehen zu lassen auf Eurem Gebiet, was unmittelbar oder mittelbar den Interessen, der Ehre und der Sache des französischen Volkes im allgemeinen schadet. . .

„Die Politik der Schweiz ist in Europa immer als ein Teil der Politik Frankreichs, Savoyens und Mailands betrachtet worden, weil die Art, wie die Schweiz existiert, vollständig mit der Sicherheit dieser Staaten verbunden ist. Die erste Pflicht, die allerwesentlichste Pflicht der französischen Regierung wird es immer sein, zu wachen, daß nicht ein feindliches System bei Euch herrsche und daß nicht Männer, die Frankreichs Feinden zugeneigt sind, dazu gelangen, sich an die Spitze Eurer Angelegenheiten zu stellen. Es gehört sich, nicht nur daß kein Anlaß zur Beunruhigung für denjenigen Teil unserer Grenze, der offen ist und durch Euch gedeckt wird, vorhanden sei, sondern daß wir auch alle Gewähr dafür besitzen, daß im Falle der Verletzung Eurer Neutralität der gute Geist Eurer Regierung ebenso wie das Interesse Eurer Nation Euch an die Seite der Interessen Frankreichs, und nicht gegen sie, stellen.“

Brief Napoleon Bonapartes vom 10. November 1802 an den helvetischen Kongreß in Paris.

* * *

„Auch bei uns hatten idealistische Ideen Eingang gefunden, allein man sah bald die Abgeschmacktheit derselben ein — eine kriegerische, eine große Nation, die das politische System Europas in ihren Waagschalen abwägt,

muß Einheit der Natur haben. . . Die Zeiten des Kriegsruhms sind für die Schweiz vorbei, das war gut im Mittelalter, da Ihr von so vielen kleinen Fürsten umgeben waret; oder seid Ihr begierig nach Ruhm, nun so macht zwei Departemente und vereinigt Euch mit Frankreich; dann könnt Ihr mit uns den Ruhm der großen Nation teilen. . .

„Die französische Republik wird nie gestatten, daß der Leeman je unterjocht, noch von Deutschen beherrscht werde. Sie sind von unserm Blut, haben unsere Sprache und das Blut von 50,000 Franzosen soll eher fließen, als daß sie sollen unterjocht werden! Ebenso denkt die italienische Republik gegen die italienischen schweizerischen Vogteien, sie wird ihre Rechte schützen; nie sollen sie wieder Untertanen sein. . .

„Niemals werde ich zugeben, als erster Magistrat der französischen Republik, daß irgend eine fremde Macht die äußeren Verhältnisse der Schweiz bestimmen helfe. Frankreich hat unveränderliche Rechte auf die Schweiz; seine eigene Existenz ist zu nahe mit der Euringen verbunden. Eure wahre intimste Verbündete soll Frankreich sein. Es garantiert Eure Neutralität. . . Die Engländer haben nichts in der Schweiz zu schaffen! . .

„Wie schon gesagt, Truppen braucht Ihr keine, denn Ihr seid kein militärischer Staat mehr, Ihr lebt von dem Ruhme Eurer Vorfahren. . .

„Wie Reding in Paris vor mir war, wies ich ihm die Sonne und sagte ihm, eher wird diese zurücktreten, als ich von der Forderung des Wallis. Ich muß es für die Sicherstellung meiner Verhältnisse in Italien haben. . .

„England soll sich nicht in die Angelegenheiten des Kontinents mischen. Ich werde sie führen. Es kann nur zwei oder drei Städte verbrennen und das ist alles. Wann ich Euch in zwei Departements mit mir vereinigen wollte, so hätte kein Ru sich dagegen geregt. Ich behalte den Einfluß ausschließlich auf Euch. Was Ihr werdet, werdet Ihr durch mich.“

Napoleon Bonaparte vor dem helvetischen Kongreß in Paris am 12. Dezember 1802.

Wir müssen die Schweiz besetzen, um das Rhein- und Donautal zu beherrschen.

„Die Zeiten sind hinter uns, wo man einer Macht zweiten Ranges, wenn auch einer tapfern, die Sorge für einen Teil unserer Ostgrenze anvertrauen konnte. Alle, welche den großen Krieg (von 1813/14) kennen, wissen heute, daß Frankreich in einem ernsthaften Krieg mit den deutschen Mächten gezwungen wäre, das Gebiet der Schweiz zu besetzen, um Herdes des Rhein- und Donautales zu sein und um seine Grenzen zu decken, indem es die des Feindes bedroht.“

General Sebastiani in der französischen Deputiertenkammer 1820.

Das Verhältnis unserer Nachbargroßmächte zu unserer Neutralität.

„Frankreich hat ein Interesse an Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität, wenn es gezwungen wird, seine Grenzen gegen eine fremde Invasion zu verteidigen. . .

„Frankreich kann in einem Kriege gegen die Ostmächte wichtige Vorteile aus einer raschen Besetzung der Schweiz, aus einer rücksichtslosen Verletzung der schweizerischen Neutralität ziehen. . .

„Zwei Dinge sind bis zur Evidenz nachgewiesen: Das Interesse Frankreichs an der Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität in einem Defensivkrieg gegen den Osten und das Interesse an deren Verletzung und gewaltsamen Brechung im Falle eines Angriffskrieges gegen den Osten.“

* * *

„Deutschland hat bei einem Angriffskrieg gegen Frankreich kein Interesse, die schweizerische Neutralität zu verletzen, im Gegenteil, es hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Schweiz sie aufrecht erhalte und damit die linke Flanke der deutschen Armee sichere. . .

„Deutschlands Interesse ist Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität und Deutschland wird sie respektieren, sobald das schweizerische Volk sie zu schützen entschlossen ist.“

* * *

„Ein einiges Italien wird durch die schweizerische Neutralität in seiner rechten Flanke geschützt, wenn es mit Frankreich kämpfen muß. Die neutrale Schweiz deckt seine linke Flanke im Kampf gegen Österreich.“

Oberst Hans Wieland, Die schweizerische Neutralität, 1861.

Ein schweizerischer Abreißkalender.

Über meinem Pult hängt ein Abreißkalender, der durch seine geschichtlichen Anmerkungen zu jedem Tage die löbliche Absicht erkennen läßt, hauptsächlich, oder sogar nur an schweizerische Taten und Ereignisse zu erinnern. Wir vernehmen z. B.: an dem Tage habe die S. S. S. ihre Tätigkeit begonnen, an jenem sei die Brotkarte eingeführt worden u. ä. Am 17. November 1923 heißt es:

„1918 Glückwunschtelegramm des Bundesrates an den König der Belgier.“ Sollte das nicht ein Versehen sein? Das Telegramm lautet nämlich nach den „Basler Nachrichten“ vom 19. 11. 18, Nr. 538: „Das Schweizervolk, vertreten durch den Bundesrat, wünscht seine Stimme mit der Stimme aller Völker der Erde zu vereinigen, die heute in einem Schauer der Bewunderung und des Jubels die Rückkehr des Königs der Belgier in seine Hauptstadt begrüßen. Während der ersten Julitage des Jahres 1914 haben Sie der Schweiz und ihrer Regierung einen neuen und kostbaren Beweis Ihrer Freundschaft gegeben, indem Sie uns mit Ihrem hohen Besuch beehrt haben. (Gemeint ist der Besuch König Albert's in der Landesausstellung, die er zufällig bei einer kurzen Schweizerreise besichtigte.) Drei Wochen später wurde das loyale Belgien überfallen. Seit jener Zeit haben Sie, indem Sie die Prüfung der Martyrium's auf sich nahmen, den Gedanken der Ehre und des Rechts aller neutralen Staaten in Ihrer Person verkörpert. Sie verkörpern heute im Glanze des Ruhmes die gefühlte Gerechtigkeit. Unser Herz schlägt im Einklang mit dem Ihrigen. Die Freude aller Belgier ist die Freude aller Schweizer.“

Insofern als dieses Geschwöge vom schweizerischen Bundesrat in Bern aufgegeben worden ist, kann man zur Not von einem schweizerischen Ereignis reden, sonst ist aber weder an der Sache, noch an Ton und Inhalt das geringste Schweizerische zu entdecken. Es könnte höchstens die Absicht des Telegramm-Verfassers gewesen sein, bei König Albert, der uns nichts zuleide getan hat, körperliches Unwohlsein zu erregen oder unserm Lehrerstande ein Schulbeispiel zur Fabel vom sterbenden Löwen zu verschaffen. Im November 1918 lag der Löwe endlich am Boden und unverzüglich erfolgten auch die bekannten Tritte. Daß die Schweiz auch mit loszog, als es ungefährlich schien, brauchte gewiß nicht in einen schweizerischen Kalender zu kommen. E. G.